

An

AGBV Nürnbergs e.V.

Hans-Sachs-Platz 2

90403 Nürnberg

Angelika Lüdemann

Kreisvorsitzende

Telefon: 0911 323 767 07

angelika.luedemann@gmx.de

Titus Schüller

Kreisvorsitzender

Stadtrat DIE LINKE Nürnberg

Telefon: 0911 27 92 801

Mobil: 0178 44 87 987

titus.schueller@stadt.nuernberg.de

Nürnberg, den 23.01.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne beantworten wir im Folgenden Ihre Fragen:

1. Wir schätzen die Bereitschaft der Stadt Nürnberg sehr, in vielen Bereichen die Bürger direkt in die Planungen einzubeziehen. Dennoch sind damit Herausforderungen verbunden. Unter welchen Rahmenbedingungen halten Sie Bürgerbeteiligung für richtig und wichtig? Und wo sehen Sie die Grenzen direkter Demokratie?

*Viele engagierte Bürger*innen in Nürnberg sind seit Jahren in den Bürger*innenvereinen aktiv, um ihre Stadt mitzugestalten. Für uns ist klar, dass diesem Engagement ein offenes Ohr von Seiten der Stadtverwaltung geboten werden muss. Denn nur durch die vielen kreativen Ideen der Bewohner*innen einer Stadt ist es möglich ein attraktives Lebensumfeld für alle zu schaffen. Solche Beteiligungsprozesse sind für uns ein Teilbereich demokratischer Mitbestimmung, da Demokratie über die Beteiligung an Wahlen hinaus reichen muss. Durch direkte Beteiligung wird folglich der Politikverdrossenheit und einem Ohnmachtsgefühl seitens der Bürger*innen gegenüber den sogenannten Entscheidungsträger*innen aus der Politik vorgebeugt, indem Bürger*innen selbst zu Entscheidungsträger*innen werden. Dies ist zum Erhalt der Demokratie unabdingbar. Für gelingende Beteiligungsprozesse ist es jedoch notwendig, dass von beiden Seiten die Möglichkeiten klar definiert werden, um Missverständnisse und Frust bei der Umsetzung und Gestaltung der Projekte zu vermeiden.*

Die Grenzen der direkten Demokratie sind für uns dann erreicht, wenn durch mögliche Entscheidungen Grundrechte eingeschränkt werden oder Diskriminierung ermöglicht wird. In der Kommunalpolitik sind Grenzen der direkten Demokratie dann erreicht, wenn kommunale Zuständigkeiten überschritten werden, die z.B. der Landes- oder Bundespolitik zugeordnet werden.

2. Wie kann bei Bürgerbeteiligungen sichergestellt werden, dass individuelle Interessen nicht über dem Allgemeinwohlinteresse stehen? Gerade auch, wenn Partikularinteressen lauter als andere artikuliert werden?

*Zum einen ist Bürger*innenbeteiligung als demokratischer Prozess zu betrachten, der etwa durch allgemeine Bürger*innenentscheide mit demokratischen Mitteln durchzuführen ist.*

*So können möglichst viele Bürger*innen tatsächlich beteiligt werden, anstatt nur kleine Gruppen, die z.B. an einer Planungssitzung oder Diskussionsrunde teilnehmen. Zum anderen ist, wie bereits erwähnt, bei solchen Beteiligungsprozessen stets auf die Einhaltung der Grundrechte zu achten und Beteiligung nur bei Fragen zu ermöglichen, die nicht die Einschränkung der Grundrechte zur Folge haben können.*

*Grundsätzlich sehen wir als LINKE Politik als Arbeit für das Allgemeinwohl. Dies schließt auch die Bürger*innenbeteiligung mit ein. Politische Entscheidungen sollten daher immer den Interessen des Allgemeinwohls dienen, egal ob sie in politischen Gremien oder durch Bürger*innenbeteiligung gefällt werden. Dies ist auch ein Grund, warum wir als LINKE keine Konzern- und Großspenden annehmen. Denn Politik darf nicht käuflich sein!*

3. Viele Bürger bringen sich bei Beteiligungsveranstaltungen ein und erarbeiten in ehrenamtlichem Engagement Ideen und Planungen für unsere Stadt. Die aus Bürgersicht verständliche Erwartungshaltung ist dann, dass diese Ergebnisse zu einem gewissen Grad auch umgesetzt werden. Bisweilen sorgt es jedoch für Frust, wenn die erarbeiteten Pläne im Nachhinein wieder geändert bzw. von Teilen ganz in Frage gestellt werden. Beispiele dafür sind die Umgestaltung des Nägeleinsplatzes und die Verkehrsberuhigung des Weinmarktes. Wie stehen Sie zur Verbindlichkeit der Ergebnisse von Beteiligungsprozessen?

*Bei Beteiligungsprozessen sollten die Rahmenbedingungen vorher klar abgesteckt werden, um im Nachgang Ärger zu vermeiden. Auch sollten mehr Beteiligungsprozesse dahingehend gestaltet werden, dass sie einen bindenden Charakter haben, etwa in Form von Bürger*innenentscheiden. Bei der Planung verschiedener Möglichkeiten (etwa zur Gestaltung eines Platzes), ist es natürlich so, dass die Wünsche verschiedener Interessensgruppen unter einen Hut gebracht werden müssen. Hier müssen Kompromisslösungen gefunden werden, die für alle Gruppen tragbar sind und insbesondere das Allgemeinwohl im Auge haben.*

4. Gibt es einen Beteiligungsprozess in der Stadt, der für Sie in letzter Zeit Vorbildcharakter hatte? Was zeichnete ihn aus?

Zuletzt war der Beteiligungsprozess zum Bedarf an Radständern ein guter Erfolg, da viele eingereichte Ideen umgesetzt wurden. Jedoch kann auch in diesem konkreten Fall noch nachgebessert werden, denn an vielen Stellen in der Stadt sind die Vorschläge nicht angenommen worden und es herrscht zudem noch ein großer Bedarf an überdachten Abstellmöglichkeiten für Fahrräder. Hier fordern wir in unserem Wahlprogramm eine deutliche Ausweitung des Angebots.

Ähnliche Beteiligungsprojekte können wir uns auch vorstellen, um den Bedarf an zusätzlichen Angeboten des ÖPNV (Haltestellen, Taktung, Barrierefreiheit etc.) oder zur Schließung der Lücken des Radverkehrsnetzes zu evaluieren und bedarfsgerecht umsetzen zu können.

5. Das Leben in unseren Städten wandelt sich – gerade bezüglich des Klimas war in den letzten beiden Jahren zu erleben, was uns in Zukunft häufiger erwarten wird: sehr heiße, trockene Sommer, die zur Belastung für uns alle werden. Viele notwendigen Anpassungen – mehr Grün, mehr Wasser im öffentlichen Raum, ein Umdenken im Bereich Verkehr – sind seit Jahren in der Diskussion und würden die Lebensqualität auch in anderer Hinsicht deutlich verbessern. Wo sollte die Stadt Nürnberg in Zukunft mutiger sein bzw. wo sehen sie die größten Potentiale, um Nürnberg fit für die Zukunft zu machen?

Um Nürnberg fit für die Zukunft und klimatische Veränderungen zu machen, schlagen wir ein Maßnahmenpaket vor:

*Wir setzen uns für eine sozialökologische Verkehrswende ein: Der Autoverkehr soll zugunsten des Fußgänger*innen- und Radverkehrs sowie des ÖPNV eingeschränkt werden, etwa durch Entschleunigungsmaßnahmen, Ausweitung von Fuß- und Radwegen bzw. Busspuren und der Planung autoreduzierter Wohngebiete. Ein erster Schritt dahin ist unsere Forderung nach einem ÖPNV- Jahresticket für 365 Euro für alle bzw. für 15 Euro monatlich für alle mit kleinem Geldbeutel und langfristig einem kostenfreien ÖPNV. Andere Städte gehen hier schon lange mit gutem Beispiel voran.*

Weitere Maßnahmen, die wir gegen den Klimawandel vorschlagen, sind z.B.:

- *Umbau der N-ERGIE in einen echten Ökostromanbieter*
- *schnellstmögliche Hinentwicklung aller städtischen Sektoren zur Klimaneutralität (spätestens 2035)*
- *Aufbau eines kommunalen Klimaschutzfonds zur energetischen Ertüchtigung von Gebäuden und Anlagen*

Eine herausragende Rolle nimmt auch der Klimaschutz in der Stadt durch Begrünung ein: Stadtgrün verbessert das Mikroklima, filtert Luftschadstoffe, schützt vor Lärm, hebt die Lebensqualität der Menschen und bietet Lebensräume für Tiere. Der Temperaturanstieg der Böden und des Grundwassers in den Städten ist eine ernstzunehmende - aber leider vergessene - Bedrohung für das aus Klein- und Kleinstlebewesen bestehende Ökosystem unter der Erdoberfläche. Grünflächen innerhalb der Städte tragen dazu bei, dass die Böden wieder abkühlen können. Auch deshalb müssen wir uns für mehr öffentliche Grünflächen und Stadtbäume einsetzen. Außerdem wollen wir mehr Dächer und Fassaden begrünen. Wir stehen für eine giftfreie und ökologische Pflege der Parkanlagen und für eine vielfältige Bepflanzung mit Blühpflanzen als Nahrungsgrundlage für Insekten. Es dürfen nur pflanzliche Dünger angewandt werden. Frischluftschneisen dürfen nicht zugebaut werden. Zur Pflege der Grünanlagen müssen beim Servicebetrieb öffentlicher Raum mehr Stellen geschaffen werden. Für das Stadtklima sind neben Pflanzen auch oberirdische Gewässer wie Brunnen, Wasserspiele und Bachläufe sehr wichtig. Auch hier muss mehr investiert werden. Außerdem muss ein Konzept zur Bewässerung der Stadtbäume durch Rohrleitungen, die beim Straßenbau verlegt werden sollen, erarbeitet werden. Wir fordern die Auflage eines Neupflanzprogramms für Straßenbäume mit ausreichendem Vegetationsbereich in der Innenstadt und in mit Bäumen unterversorgten Stadtgebieten. Dazu eine verbindliche Baumpflege einschließlich ausreichender Bewässerung und regelmäßiger Kontrolle durch amtliche Stellen. Bereits existierender Baum- und Grünbestand muss unter besseren Schutz gestellt werden. Deshalb muss Paragraph 1 der Baumschutzverordnung der Stadt Nürnberg dahingehend geändert werden, dass ab einem Stammumfang von 80 cm Bäume generell zu erhalten sind. Bei Wettbewerbsausschreibungen müssen klare Vorgaben zum Erhalt des Baumbestandes gemacht werden. Festgelegte Ausgleichspflanzungen (mit ausreichendem Vegetationsbereich für Sträucher und Bäume) müssen jährlich vor Ort von der Stadt auf sachgemäße Pflege kontrolliert werden. Wir sind für die Festlegung von Ortssatzungen (z. B. für Vorgartenbepflanzungen) und begleitende städtische Grünzüge mit Baumbepflanzung in den Siedlungen. Die Haushaltsmittel für diese Maßnahmen müssen erhöht sowie Fachpersonal für regelmäßige Kontrollen eingestellt werden. Wir brauchen einen "Masterplan Straßenbäume", wie vom BUND Naturschutz vorgeschlagen.

Ergänzend soll die Stadt Nürnberg auf geeigneten und schadstofffreien städtischen Grünanlagen Obst, Gemüse und Nutzpflanzen anbauen mit kostenloser Nutzung durch die Bevölkerung, zum großen Vorteil für finanziell Benachteiligte. Wir brauchen ein Netz von

*öffentlichen Trinkwasserstellen für die kostenlose Nutzung durch die Bürger*innen z. B. zum Auffüllen der eigenen Trinkwasserflasche.*

Ein Großteil des Nürnberger Reichswaldes besteht aus Nadelbäumen. DIE LINKE will die Umwandlung des Reichswaldes in einen Mischwald, der resistenter gegen den Klimawandel ist. Der Wald muss ebenso ökologisch und pestizidfrei bewirtschaftet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Titus Schüller